

ten Düsseldorf verließ ihn bei der Sondersitzung des NRW-Landesvorstandes spätabends der Mut. Statt das Streben nach Karlsruh Abschluss mit einer Machtfrage zu verbinden, blieb er letztlich unentschieden.

Erst am vergangenen Mittwoch wagte sich der inzwischen schwer ramponierte liberale Aufsteiger voll aus der Deckung. Alarmiert durch eine vernichtende Presse-schau und bedrängt von zahlreichen Parteifreunden wie dem baden-württembergischen Kollegen Walter Döring, Fraktionschef Wolfgang Gerhardt sowie den Ehrenvorsitzenden Genscher und Lambsdorff, forderte er ultimativ den Ausschluss Karlsruh. Andernfalls sei es ihm nicht mehr möglich, mit Möllemann weiterhin vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Das Image des FDP-Parteivorsitzenden, der sich Hoffnungen auf ein Regierungsamt nach der kommenden Bundestagswahl macht, ist schwer beschädigt. Viele Spitzenfunktionäre treibt die Sorge um, dass der zögerliche Kurs Westerwelles die Ausgangslage für die Wahl spürbar verschlechtert hat.

Auch in der Union geht die Furcht um, eine sich selbst zerfleischende FDP könne die Sieghancen eines christliberalen Bündnisses unter dem Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber schmälern. „Es ist zu befürchten, dass so schnell keine Ruhe einkehrt“, klagt ein Mitglied des Teams 40 plus.

Vor allem den Schlingerkurs Westerwelles verfolgte die Union mit wachsender Befremdung. Die Schuhe eines Kanzlerkandidaten seien für den jungen Herrn eben doch sehr groß, stichelte CSU-Generalsekretär Thomas Goppel. Dass ein schwacher Parteiboss keinen hinreichend soliden Partner abgibt, gehört in der Politik zu den gängigen Erkenntnissen. „Es kann für uns nicht gut sein, wenn die Autorität des FDP-Chefs so stark beschädigt wird“, sagt ein CDU-Präside.

Die Wahlstrategen in der Unionszentrale haben darüber hinaus Angst, für die Provokationen der Möllemann-FDP in Mit-haftung genommen zu werden. Die Attraktivität einer christlich-liberalen Koalition, so die interne Bestandsaufnahme, könne durch die Eskapaden des unberechenbaren FDP-Vizes erheblich sinken. Viele Stammwähler der FDP könnten nun, nach den Angriffen auf den Traditionsflügel der Partei, in Richtung SPD wechseln. Die Umfragen vom vergangenen Freitag deuten bereits einen kleinen Umschwung hin zu Rot-Grün an.

Westerwelle muss – wieder mal – für Ruhe sorgen. Er forderte am vergangenen Freitag – wieder mal – ein „Ende der Debatte“. Möllemann zeigte sich bis zum Wochenende unbeeindruckt – wieder mal.

ALEXANDER NEUBACHER,  
RALF NEUKIRCH, CONNY NEUMANN,  
BARBARA SCHMID, STEFFEN WINTER

UMFRAGE

# Abschied vom Klischee?

Heizen der Streit in der FDP und die Aufregung um das neue Walser-Buch den Antisemitismus an? Meinungsforscher signalisieren Entwarnung.

Nazi-Methoden“ warf der verhin-derte nordrhein-westfälische FDP-Landtagsabgeordnete Jamal Karlsruh den Israelis im Umgang mit den Palästiniensern vor, und viele waren empört.

Schließlich haben die Nationalsozialisten sechs Millionen Juden ermordet. Jedes Kind in Deutschland lernt das in der Schule. Dennoch sagen 25 Prozent der Bundesbürger, in dem blutigen Konflikt mit den Palästiniensern mache Israel „im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben“ – und schließen sich damit Karlsruh Meinung an.

Das ist das Ergebnis einer aktuellen Umfrage von NFO Infratest im Auftrag des SPIEGEL. Unter den 18- bis 29-Jährigen

sehen danach sogar 35 Prozent eine Analogie zwischen israelischem Vorgehen und Nazi-Völkermord.

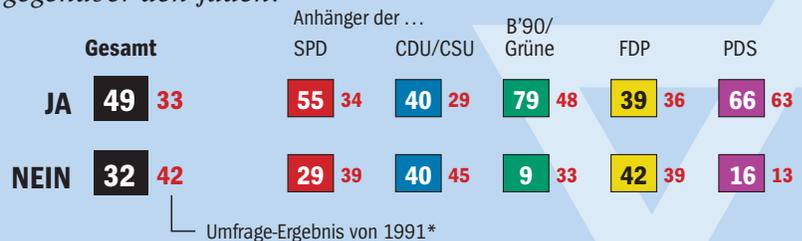
Ein Indiz für erstarkten Antisemitismus in Deutschland? Werner Bergmann, Professor am Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung, glaubt das nicht. Der hohe Wert sei wohl vor allem auf die „sehr aufgeheizte Situation in Nahost und die dramatischen Fernsehbilder zurückzuführen“, die manche dazu brächten, dem völlig unpassenden Vergleich zuzustimmen. „Das ist wohl eher ein Mitleidseffekt als Antisemitismus“, sagt Bergmann. Da werde nach besonders drastischen Worten gesucht.

Die Resultate der Umfrage von NFO Infratest geben dem Berliner Hochschullehrer Recht. Gerade die Jungen, die Israel besonders deutlich kritisieren, zeigen sich für antisemitische Einstellungen weniger anfällig. Wie sich überhaupt die Befürchtung als unbegründet erweist, der FDP-Politiker Jürgen Möllemann könnte mit seinen Ausfällen gegen den Zentralrat der Juden in Deutschland dem Antisemitismus Auftrieb gegeben haben. Die Tendenz ist seit Jahren eher gegenläufig: Im Vergleich zu Umfragen aus den Neunzigern hat die Zustimmung zu antijüdischen Klischees spürbar abgenommen.

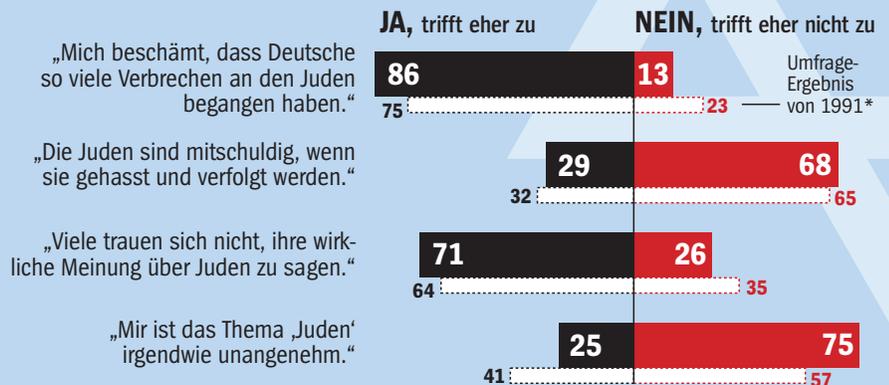
Ob etwa der Nachbar jüdischen Glaubens ist oder nicht, ist danach den aller-

## Das Verhältnis zu den Juden

„Hat das deutsche Volk eine besondere Verantwortung gegenüber den Juden?“



„Treffen folgende Aussagen zu?“



NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 4. bis 6. Juni 2002; 1000 Befragte

\* Emnid-Umfrage vom 30. November bis 17. Dezember 1991; 2822 Befragte

Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe



WOLFGANG SCHMIDT / EPD

**Jüdische Gemeinde in Chemnitz\*: Besondere Verantwortung**

meisten (79 Prozent) völlig egal. 20 Prozent der Befragten geben an, ihnen sei das sogar angenehm. Kaum messbare 1 Prozent sagen, sie hätten lieber keine Juden in ihrer unmittelbaren Umgebung – 1996 hatten bei einer gleich lautenden Frage immerhin noch 11 Prozent ihre Ablehnung bekundet.

Andererseits denkt eine große Mehrheit der Deutschen (71 Prozent), dass viele sich „nicht trauen“, ihre „wirkliche Meinung über Juden zu sagen“. Ein Wert, der ge-

genüber einer SPIEGEL-Umfrage von 1991 um 7 Prozent gestiegen ist – möglicherweise eine Folge der Diskussion um Müllemann und den neuen Roman von Martin Walser: Wenn ständig über Tabus gesprochen wird, könnte da ja durchaus etwas dran sein, mögen sich viele sagen. Zugleich meinen mehr Menschen als früher, die Deutschen hätten auch fast sechs Jahrzehnte nach dem Ende der Nazi-Zeit eine besondere Verantwortung den Juden gegenüber. 49 Prozent vertreten diese Auffassung, und das sind 16 Prozentpunkte mehr als vor elf Jahren. Vor allem die Wähler der Grünen sehen sich in der Pflicht. Bejahten 1991 noch 48 Prozent ein besonderes Verhältnis zu den Juden, so sind es jetzt 79 Prozent. Bei den FDP-Sympathisanten blieb dagegen der Wert mit derzeit 39 Prozent über die Jahre relativ konstant.

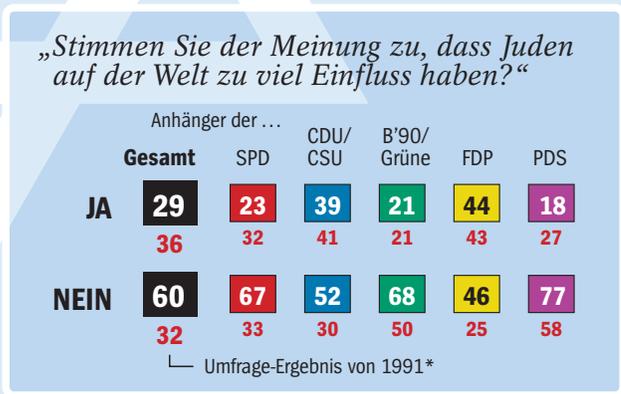
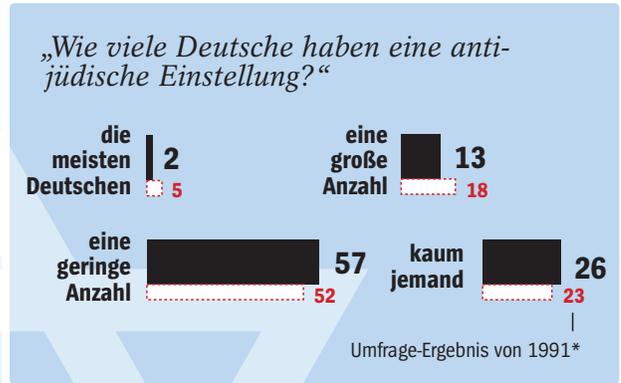
Gehalten haben sich antisemitische Stereotype vor allem unter den älteren

Wählern. „Man muss zugestehen, dass der Einfluss der zionistischen Lobby sehr groß ist: Sie hat den größten Teil der Medienmacht in der Welt inne“, schwadronierte der Landtagspolitiker Jamal Karsli in der Rechtspostille „Junge Freiheit“ – 44 Prozent der über 60-Jährigen sehen das ähnlich, wenn sie der Behauptung zustimmen, „die Juden haben zu viel Einfluss auf der Welt“. Das glauben mit ebenfalls 44 Prozent auch FDP-Sympathisanten überdurchschnittlich oft. Bei den 18- bis 29-Jährigen liegt der Wert bei 16 Prozent.

Auffallend sind bei dieser Frage auch die deutlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. Während in den neuen Bundesländern nur 17 Prozent der Meinung sind, Juden hätten zu viel Einfluss in der Welt, sagen das in Westdeutschland 33 Prozent.

Wie sehr der Antisemitismus vom Alter abhängig ist, zeigt sich bei der Frage, ob die Juden mitschuldig daran seien, wenn sie gehasst würden. 39 Prozent der über 60-Jährigen bejahen das. Bei den 18- bis 29-Jährigen vertreten 16 Prozent diese Ansicht, für 78 Prozent ist sie völlig abwegig. KAREN ANDRESEN, HANS-ULRICH STOLDT

\* Ende Mai bei der Einweihung der neuen Synagoge, 3. v. r. Zentralratspräsident Paul Spiegel.



„Stimmen Sie der Aussage zu: Was der Staat Israel mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben?“

<b>JA</b> , dem würde ich eher zustimmen	25	<b>NEIN</b> , dem würde ich eher nicht zustimmen	68
--	----	--	----

„Israelis oder Palästinenser – wer von beiden trägt die größere Schuld an dem gewalttätigen Konflikt?“

Israelis	9
Palästinenser	7
<b>beide gleichermaßen</b>	<b>76</b>

„Dürfen Deutsche die Politik Israels wie die Politik jedes anderen Landes kritisieren, oder sollten sie sich wegen der historischen Verantwortung zurückhalten?“

<b>Kritik ist erlaubt</b>	<b>70</b>
<b>Zurückhaltung ist gefordert</b>	<b>29</b>

Israelische Panzer, Palästinenser

DER SPIEGEL